

Herrn Friedrich Merz, MdB
Bundvorsitzender der CDU und
Vorsitzender der Bundestagsfraktion CDU/CSU

Herrn Lars Klingbeil, MdB
Parteivorsitzender der SPD und
Vorsitzender der Bundestagsfraktion SPD

- via Email -

Offener Brief der Wirtschaftsvereinigung der Grünen

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Klingbeil,

Dialog statt Konflikt: Damit können die demokratischen Kräfte den erstarkten Rechtspopulisten entgegentreten. Konstruktiv statt destruktiv können wir unsere Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. **Lassen Sie uns das gemeinsam tun** – das ist unsere Bitte an Sie, und unser Angebot. Als Wirtschaftsvereinigung der Grünen stehen wir bereit für den Austausch über alle Parteigrenzen hinweg.

Wenn Sie jetzt die Leitlinien der neuen Regierungskoalition vereinbaren, so sollte aus unserer Sicht in diesen deutlich werden: Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Sicherheit gehören zusammen. Gemeinsam müssen wir den Standort Deutschland dreifach zukunftsfest machen. Die Transformation ist dabei eine Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand. In diesem Sinne möchten wir als Wirtschaftsvereinigung Ihnen ein paar Punkte mit auf den Weg geben – denn uns allen sollte es am Ende um die Inhalte gehen:

- Bei der Umsetzung des Sondervermögens für Infrastruktur gilt die Kombination von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Sicherheit in besonderer Weise. Etwa bei den Netzen für Verkehr, Daten, Energie geht es in gleichem Maße um den Nutzen für die Unternehmen, die Minderung von Treibhausgasen, und um Resilienz gegenüber Erpressung oder Sabotage von außen. Um mit öffentlichen Mitteln private Investitionen anzureizen, könnten Abschreibungsmöglichkeiten drastisch ausgeweitet werden, wie von Ihnen bereits diskutiert. Dies wären gezielte Steuersenkungen mit Wirkung für Investitionen. Wir schlagen vor, dass ein Rat mit Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft die Umsetzung des Sondervermögens jährlich prüft und das Ergebnis veröffentlicht.

- Die über Jahrzehnte gewachsene Bürokratie als Wirtschaftsfeind Nummer Eins muss bekämpft und Staatsmodernisierung muss vorangetrieben werden. Konkret schlagen wir minus 50% bei den Berichtspflichten für Unternehmen vor. Zur Planungsbeschleunigung braucht es eine generalisierte Genehmigungsfiktion nach kurzer Frist. Das Entstehen neuer Bürokratie muss begrenzt werden, durch einen verpflichtenden Praxis-Check – ein Durchspielen der Folgen einer Regelung – beim Entwickeln neuer Gesetze in allen Ministerien. Zugleich müssen Verwaltung und Staat durch Digitalisierung für Unternehmen und Bevölkerung effizienter und effektiver werden.
- Thema Energie: Ihre Ansätze für ein Senken der Strompreise teilen wir. Zusätzlich muss das EEG weiterentwickelt werden, auch mit Einsatz von Differenzverträgen (Contracts for Difference), damit am Ende der Legislatur 80% des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommt, die uns resilienter machen. Fossiles Gas kann nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität sein, sein Einsatz muss deshalb klar begrenzt und befristet werden. Das Gebäudeenergiegesetz sollte umgesetzt werden, weil nur so die Kosten für Wärme im Rahmen gehalten werden können. Für den ETS2 könnte ein Preiskorridor definiert werden, um Planungssicherheit für alle herzustellen. Auch der Transportsektor muss defossilisiert werden, bei PKW und Lkw durch Elektrifizierung, für Luft- und Schifffahrt hingegen brauchen wir einen raschen Hochlauf nachhaltiger Treibstoffe.
- Kreislaufwirtschaft schont planetare Ressourcen und mindert die Abhängigkeit Europas von Importen kritischer Rohstoffe. Zugleich sind die hier entstehenden Technologien und Geschäftsmodelle eine wirtschaftliche Chance. Um für Sekundärrohstoffe den Markt zu entwickeln, kann der Staat steuerliche Anreize setzen und über seine Beschaffung Leitmärkte anreizen. Eine Abfall-Ende-Verordnung würden Rechtssicherheit für die Unternehmen herstellen. Ziel bis Ende der Wahlperiode sollten zweimal 25% sein: als Anteil recycelter Materialien in der gesamten Rohstoffmenge in Deutschland, und als Anteil an den strategischen Rohstoffen in der EU.
- Deutschland ist bedroht von hybriden Angriffen von außen – und neben militärischen Mitteln sind hier auch wirtschaftliche gefragt. Bei Investitionsentscheidungen dürfen nicht allein die Kosten entscheidend sein und Produkte aus dem Ausland bezogen werden, genauso wichtig ist die dauerhafte Sicherheit der Produkte. Die Diversifizierung der Lieferketten, eine Verstärkung von Lagerhaltung, das Anlegen von Redundanzen statt „Single Points of Failure“ in kritischen Prozessen und Netzen: Das alles kostet. Hier braucht es eine Debatte, inwiefern dies als Verteidigungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden kann.

Abschließend möchten wir unterstreichen, was Sie im Sondierungsergebnis von Union und SPD erklärt haben: „Wir stehen zu den deutschen und europäischen Klimazielen [...]. Wir arbeiten entschlossen daran, diese Klimaziele umzusetzen.“ Das ist angesichts der wachsenden Klimarisiken für unsere Kinder und Enkel, und selbstverständlich auch für unsere Wirtschaft, richtig und wichtig. Auf die von Ihnen genannte Umsetzung kommt es nun an. Wir nehmen Sie hier beim Wort. Und wir appellieren an Sie: **Halten Sie Ihr Wort!**

Wir würden uns freuen, wenn Sie oder von Ihnen benannte Personen auf uns zukommen für einen weiteren Austausch. Wir stehen hierfür jederzeit gern bereit.

Mit den besten Wünschen

Die Vorstandsvorsitzenden

Heike Discher

Dr. Thomas Fischer

Dr. Thomas Gambke

Gabriele C. Klug